

„Es geht um das Schicksal der ArbeitnehmerInnen, der Gewerkschaften und der SPD“

71 Delegierte der AfA-Bundeskonferenz am 16.-18. April 2010 unterstützen mit einer Solidaritätsadresse die Opel-Kollegen in Rüsselsheim, Kaiserslautern, Bochum und Eisenach in ihrem Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze. Sie setzen sich in der SPD dafür ein, dass die „Werke und Arbeitsplätze von Opel unter staatlichen Schutz gestellt werden“. Die Mehrheit der Delegierten hat daraufhin einen entsprechenden Antrag beschlossen, der an den AfA-Bundesvorstand überwiesen wurde.

„Ein erfolgreicher Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze bei Opel ist ein erster Schritt in der Verteidigung aller Industriearbeitsplätze vor der Krise, wofür die AfA eintritt. (...) Staatlicher Schutz bedeutet, dass die Sozialdemokratie dafür eintritt, dass kein Cent staatlicher Gelder für Opel bereitgestellt wird, wenn damit nicht die staatliche Beteiligung oder Übernahme verbunden ist, um die Vernichtung von Arbeitsplätzen oder die Demontage des Anlagevermögens zu verhindern – am besten kontrolliert durch die gewerkschaftliche Interessenvertretung“, heißt es in dem genannten Antrag auf der AfA-Konferenz.

Das aber geht nicht mit einer Regierung Rüttgers in NRW, die Hunderte Millionen Euro aus dem Landeshaushalt locker macht, um 1.800 Arbeitsplätze bei Opel zu vernichten.

Die Opel-Kollegen, wie alle von Entlassungen bedrohten ArbeitnehmerInnen, brauchen eine Regierung und den Einsatz der Regierungsgewalt für das Verbot des Stellenabbaus bei Opel wie in den anderen betroffenen Betrieben; sie brauchen eine Regierung, die alle Arbeitsplätze unter staatlichen Schutz stellt. Es gibt keine andere Lösung für sie.

Bei einer Unterschriftensammlung für einen Offenen Brief an Hannelore Kraft vor dem Bochumer Opelwerk entgegneten Kollegen, dass sie in eine SPD, deren Spitzenkandidatin Hannelore Kraft erklärtermaßen Rüttgers „gute Lösung“ für Opel, d.h. die Demontage von fast 2000 Arbeitsplätzen, unterstützen will, „kein Vertrauen haben; die haben uns alle hängen lassen und kein Interesse an uns“.

Hannelore Kraft und Guntram Schneider (DGB-Vorsitzender von NRW und Kandidat als SPD-Arbeitsminister in NRW) haben die Arbeitnehmer aufgerufen, der SPD ihre Stimme zu geben. Müssen sie dann nicht den Mut zeigen, Nein zu sagen zu der Politik der Regierung Merkel und Rüttgers, die im Interesse der Konzerne und ihrer Finanz Eigentümer bereit sind, die Arbeitsplätze zu liquidieren? Müssen sie dann nicht entschieden eintreten für den staatlichen Schutz aller Arbeitsplätze bei Opel und die Eroberung der Regierungsmacht dafür?

„Ist es nicht an erster Stelle ihre Aufgabe, zu verhindern, dass erneut Tausende Opel-Kollegen der Arbeitsplatz geraubt und die

industrielle Basis der Wirtschaft unseres Landes weiter demonstriert wird?“, fragen die GewerkschaftskollegInnen und SozialdemokratInnen in ihrem Offenen Brief.

Eine SPD, die sich auf die Forderungen nach dem Erhalt aller Arbeitsplätze bei Opel verpflichtet und Opel dafür unter staatlichen Schutz stellen will, kann die ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften mobilisieren, Rüttgers davonjagen und die Regierungsgewalt in den Wahlen am 9. Mai in NRW zurückerobern, die unter Schröder und der Umsetzung seiner Agenda-Politik durch die SPD-Regierung in NRW, einer traditionellen Hochburg der ArbeitnehmerInnen, an die CDU ausgeliefert wurde.

Es gibt keine andere Lösung: um die industrielle Basis der Wirtschaft gegen ihre Zerstörung zu verteidigen, müssen alle Arbeitsplätze, die mit der industriellen Struktur verbunden sind, unter staatlichen Schutz gestellt werden.

Diese Stimme ist über die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, die stärkste Arbeitsgemeinschaft in der SPD, – trotz aller Widersprüchlichkeit – auf der Bundeskonferenz zum Ausdruck gekommen:

Das ist auch eine klare Absage an den Versuch der „erneuerten“ Parteiführung unter Sigmar Gabriel, die AfA einzubinden in eine Politik der „sozialen Begleitung“ der Regierung Merkel, die die Lasten der Krise auf die arbeitende Bevölkerung und Jugend abwälzen will.

In ihrem Antrag und der Solidaritätsadresse kommt der Wille der AfA-Basis zum Ausdruck, wirklich und ehrlich mit der Schröder-Agenda-Politik zu brechen und gegen die zerstörerischen Pläne der schwarz-gelben Regierung den Widerstand der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften zu mobilisieren. Und die Eroberung der Regierungsgewalt in NRW durch eine SPD, die für die Verteidigung der Arbeitnehmer-Interessen antritt, bedeutet unmittelbar eine Destabilisierung der Regierung der kleinen Koalition unter Merkel und ihrer Politik.

„Als AfA-Genossen sehen wir die Aufgabe der AfA darin, in der Öffentlichkeit die Stimme für die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu erheben und dafür zu mobilisieren. Ihre Aufgabe ist es, dieser Stimme in der SPD Gehör zu verschaffen und so einen Beitrag dafür zu leisten, die SPD auf ihre traditionellen Aufgaben als Arbeitnehmerpartei zu verpflichten, für die sie aufgebaut wurde“, zog ein Delegierter die Bilanz der AfA-Konferenz. Es geht um das Schicksal der industriellen Grundlagen der Wirtschaft, der ArbeitnehmerInnen und ihrer Errungenschaften, ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, der SPD und der Gewerkschaften.

Carla Boulboullé

Figinolé St.-Cyr, Generalsekretär der autonomen Gewerkschaftszentrale Haitis (CATH)

hat mit weiteren Gewerkschaftsverantwortlichen zu einem internationalen Aktionstag zur Unterstützung und Solidarität für das Volk von Haiti am 1. Juni aufgerufen: zur Organisierung von Pressekonferenzen, Versammlungen, Delegationen, Kundgebungen und Demonstrationen in Richtung: - der brasilianischen Regierung Lula, deren Armee das Oberkommando über die MINUSTAH-Truppen hat; - des US-Präsidenten Obama, der faktisch das Territorium Haiti zu seinem Protektorat gemacht hat.

Unterstützen wir an diesem 1. Juni die Entsendung einer Delegation zur UNO mit einer Demonstration vor dem UN-Hauptquartier in New York. In der Ankündigung seiner Teilnahme an der Offenen Weltkonferenz gegen Krieg und Ausbeutung in Algier im November 2010 hatte Figinolé St.-Cyr erklärt:

„Sie bietet die Gelegenheit für mich und meine Organisation, über die wirkliche Situation in meinem Land aufzuklären und die internationale öffentliche Meinung und die internationale demokratische und Arbeiterbewegung zu alarmieren. (Sie) kann eine Gelegenheit sein, um das der ganzen Welt zu sagen und um unseren Platz im internationalen Kampf einzunehmen.“

Die IAV ruft zur Unterstützung des Aktionstages auf.

